

(KW 38)

## **Wirtschaftswachstum entsteht durch Freiraum für Initiative und Innovationen – Rot-Grün muss morgen Blockade zur Erbschaftssteuer im Bundesrat einstellen**

Armin Laschet empfing den Landesvorsitzenden der Familienunternehmer, Thomas Rick. Es wurde deutlich: Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit motivierten und kreativen Unternehmern, die ihre Ideen umsetzen und zur Wertschöpfung im Land beitragen wollen. Davon hängen Arbeits- und Ausbildungsplätze ab und damit Zukunftschancen für die Menschen. Die Landesregierung verhindert durch überflüssige Bürokratie, steigende Abgaben, entwicklungshemmende Flächenpolitik und unzureichende Investitionen in die Infrastruktur die Innovationskraft und Initiative der Unternehmen. Das Nullwachstum des letzten Jahres ist die traurige Konsequenz dieser verfehlten Politik. Familienunternehmer stehen seit Generationen für ihre Mitarbeiter und eine stabile Zukunft ihrer Betriebe ein. Sie praktizieren Unternehmertum im besten Sinne. Auf ihre Erfahrung und Weitsicht muss die Politik viel stärker hören.

Wer Familienbetriebe im Erbschaftsfall übermäßig belastet, gefährdet Arbeitsplätze. Das neue Erbschaftssteuergesetz, das CDU/CSU und SPD im Bundestag beschlossen haben, ist ein guter Kompromiss. Das ausgerechnet die Ministerpräsidentin des Landes mit den meisten Familienunternehmen im Bundesrat blockiert und Verschärfungen will, schwächt erneut Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

## **Scheitern der Regierung Kraft wurde erneut bestätigt**

Kein Kind zurücklassen!“ war einmal das zentrale Projekt dieser Landesregierung. Damit ist Frau Kraft krachend gescheitert. Im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend wurden die Ergebnisse des Projekts vorgestellt. Auch dort wurde deutlich,

warum kein Erfolg daraus werden konnte. Die Ministerien arbeiten zu schlecht zusammen. Vor allem die mit grünen Ministerinnen besetzten Ressorts Gesundheit sowie Schule wurden immer wieder genannt, wenn es um Schwierigkeiten beim Aufbau kommunaler Präventionsketten ging.

Die Antwort, wie die rot-grüne Landesregierung endlich wirksam gegen Kinderarmut vorgehen will, bleibt sie immer noch schuldig. Das Lieblingsprojekt der Ministerpräsidentin ist weiterhin nicht mehr als ein PR-Modell. Damit wird sie den Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht. Fast jedes fünfte Kind in unserem Land ist von Armut betroffen. In keinem anderen westdeutschen Flächenland gibt es eine höhere Kinderarmutsquote als hier. Die Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen ist seit Amtsantritt der Regierung Kraft rasant gewachsen. 542.000 Kinder lebten 2015 in Nordrhein-Westfalen von Hartz-IV-Leistungen. Das waren 36.500 Kinder mehr als noch 2011. Erfolgreiche Politik zum Wohle der Kinder sieht anders aus.

## **Nullrunde für Nordrhein-Westfalen dank planloser rot-grüner Landesregierung**

In dieser Woche hat Bundesverkehrsminister Dobrindt die Liste der Baufreigaben im Bundesfernstraßenbau 2016/17 veröffentlicht. Der Bund verteilt 1,3 Milliarden Euro für baureife Projekte für Bundesfernstraßen – und Nordrhein-Westfalen geht dabei völlig leer aus. Dies ist eine traurige Premiere. Noch nie zuvor gab es für unser Land eine Nullrunde bei Baufreigaben für Bundesfernstraßen. Es gibt keine Planungsreserven mehr. Sie sind alle aufgebraucht. Wieder einmal fließen wegen der Untätigkeit und Behäbigkeit der rot-grünen Landesregierung an Nordrhein-Westfalen Milliarden an Bundesmitteln vorbei. Die Staukilometer haben sich in Nordrhein-Westfalen seit 2012 verdoppelt, weil die die Regierung Kraft unfähig war, einen Planungsvorrat anzulegen.

Verkehrsminister Groschek hatte erst kürzlich gesagt, er werde ‚Möglichkeiten finden, Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen‘. Wie das gehen soll, bleibt sein Geheimnis: Prozesse, die es gar nicht gibt, können nicht beschleunigt werden. Das großspurige Gerede von Minister Groschek hat die Halbwertszeit einer Tüte Milch. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes lassen sich von der SPD nicht für dumm verkaufen. Nach sechs Jahren Regierung wird sie an ihren Taten gemessen, nicht an ihren Ankündigungen.

## **Sechs verlorene Jahre für die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen**

Die Vorstellung des ‚Bündnisses für Infrastruktur‘ in dieser Woche war nichts weiter als eine reine Show-Veranstaltung der Landesregierung. Drei SPD-Minister haben viel geredet aber nicht einen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt, wie mehr Akzeptanz für Infrastrukturprojekte geschaffen werden soll. Zudem ist kein einziges Wort darüber gefallen, wie Planungsprozesse konkret verschlankt werden sollen. Wofür dann diese Pressekonferenz?

Darüber hinaus versuchen die drei wahlkämpfenden SPD-Minister, die jahrelangen Versäumnisse der rot-grünen Landesregierung beim Ausbau der Infrastruktur zu kaschieren. Nach sechsjährigem Tiefschlaf scheint Verkehrsminister Groschek acht Monate vor der Landtagswahl aufgewacht zu sein. Er verkündet heute ein ´Bündnis für Infrastruktur´ in einer Zeit, in der Staumeldungen im Radio länger sind als die Nachrichten. Statt immer neuer Ankündigungen muss der Verkehrsminister endlich einen Masterplan vorlegen, wie er die Bundesmittel im zweistelligen Milliardenbereich aus dem Bundesverkehrswegeplan für Nordrhein-Westfalen nutzen will. Bereits im Januar 2015 verkündete Groschek, dass seine Maßnahmen greifen würden und er 2015 für die notwendige Erneuerung der Infrastruktur sorgen würde. Das ernüchternde Ergebnis war, dass Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015 rund 80 Millionen Euro weniger an Bundesmitteln für den Ausbau der Infrastruktur abrief als im Jahr zuvor.

Auch die jüngsten Täuschungsmanöver der Minister Groschek und Duin mit ihrer Kritik an einer ´durchgrünten Gesellschaft´ können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es diese SPD-geführte Landesregierung war, die unser Land mit neuen Klagerechten für unbeteiligte Verbände und Funktionäre lahm legt. Das ist die kollektive Flucht der NRW-SPD aus der Verantwortung.

## **Regierung Kraft ignoriert Warnsignale am Wohnungsmarkt**

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Studentenwerke beklagt zunehmende Engpässe am Wohnungsmarkt für Studenten in Nordrhein-Westfalen. Immer mehr Städte in Nordrhein-Westfalen wie beispielsweise Bochum oder Bielefeld vermelden Wohnungsknappheit beim studentischen Wohnen. Trotz dieser Warnsignale bleibt die Regierung-Kraft bei ihrer Wohnungspolitik unbeweglich. Es gibt weder bürokratische Erleichterungen noch Flächenbereitstellungen im Rahmen des Landesentwicklungsplans. Bauminister Groschek versucht seine Versäumnisse durch die bereitgestellten Bundesmittel für den Wohnungsbau zu überdecken.

Selbst die Vorschläge zur Verbesserung der Landesbauordnung durch die Wohnungswirtschaft werden ignoriert. In Nordrhein-Westfalen werden vor allem hochpreisige Wohnungen gebaut, die sich schnell vermarkten lassen. Städtebaulich orientierte Quartiersentwicklung mit Wohnen für Familien, Senioren und Menschen mit kleinen Einkommen finden nicht statt. Auch die Eigentumsförderung beträgt nur noch ein Bruchteil des Jahres 2010. Sie ist von 567 Millionen Euro auf 32 Millionen Euro geschmolzen. Unter der Regierung Kraft steigen die Mieten und die Wohnungsknappheit nimmt zu.

## **Pseudo-Transparenz um den Preis von überzogener Bürokratie**

Der vorgelegte Entwurf zum Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz von Minister Rimmel erzeugt eine Pseudo-Transparenz, die dem Kunden wenig bringt, für Unternehmen aber existenzbedrohend sein kann. Der Kunde möchte wissen, wie es

um Sauberkeit und Qualität im jeweiligen Geschäft bestellt ist, in dem er einkaufen möchte. Was er jedoch mit diesem Barometer erfährt, geht darüber hinaus. Viele der 32 Prüfkriterien beziehen sich auf die Dokumentationspflicht der Betriebe und die Zuverlässigkeit des Lebensmittelunternehmers. Wenn für einen Schädlingsbefall, beispielsweise durch Mäuse, maximal 3 Mängelpunkte vergeben werden, und eine mangelhafte Dokumentation bei einem schädlingsfreien Betrieb zu 2 Mängelpunkten führen, steht das in keinem Verhältnis und hilft auch keinem Kunden weiter.

Der Kunde wird in die Irre geführt. Und die Unternehmen werden durch die Hygiene-Ampel schwer zu kämpfen haben. Vor diesem Hintergrund ist der heute öffentlich gewordene Widerstand der Bäckerbetriebe mehr als verständlich. Zwar wird den Betrieben die Möglichkeit der Nachkontrolle eingeräumt, allerdings hat der Kontrolleur dafür maximal drei Monate Zeit. Das ist ein viel zu langer Zeitraum für die kleinen Betriebe, die dann neben dem Eingang keine grüne sondern eine gelbe Bewertung hängen haben. Das kann Existenzen kosten – und zwar nicht wegen eklatanter Mängel, sondern vielleicht nur deshalb, weil eine Fliese einen Riss hat, die Temperatur nicht dokumentiert wurde oder aber der Betrieb zwar optisch sauber war, das Personal aber vergessen hat, den Zeitpunkt der Reinigung zu notieren.

Es ist wie so oft mit Minister Remmel: Er überzieht maßlos. Wir müssen abwägen zwischen einem vernünftigen und angemessenen Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie den berechtigten Interessen der Betriebe. Eine Regelung muss die objektiven und relevanten Faktoren im Auge haben. In diesem Sinne wird die CDU-Landtagsfraktion den anstehenden Gesetzgebungsprozess kritisch begleiten.

## **Landesregierung lässt über 1.000 ehemalige Bochumer Opelner im Stich**

Die Transfergesellschaft, in der nach der Schließung des Bochumer Opelwerks die ehemaligen Opelner für zwei Jahre untergekommen sind, läuft Ende 2016 aus. Über 1.000 Beschäftigten droht die Arbeitslosigkeit, weil sie bislang nicht vermittelt werden konnten. Obwohl sich dies seit längerem abzeichnete, ist die Landesregierung entgegen ihrer vollmundigen Ankündigungen untätig geblieben. Die Landesregierung hat immer behauptet, sie würde sich für die Weiterbeschäftigung der Bochumer Opelner einsetzen. Die Ministerpräsidentin und der Wirtschaftsminister haben wie so oft ihren Worten keine Taten folgen lassen. Die CDU-Landtagsfraktion verlangt daher eine Stellungnahme des Wirtschaftsministers in der von ihr beantragten Aktuellen Viertelstunde im Wirtschaftsausschuss am Mittwoch, den 28.9.2016.